

Zitierweise:

Pritzl, Rupert: „Grüner“ Lobbyismus in der deutschen Energie- und Klimapolitik, Austrian Institute Paper Nr. 49 (2024)



Austrian Institute Paper

Nr. 49 / 2024

Rupert Pritzl

„Grüner“ Lobbyismus in der deutschen Energie- und Klimapolitik

1. Einleitung

Lobbyismus und Interessengruppen haben in Deutschland traditionell einen schlechten Ruf und werden oftmals mit heimlicher Macht und illegitimen Interessen in Verbindung gebracht oder unter den Generalverdacht von Korruption gestellt. Viele fokussieren auf die „geld- und machtgierigen“ Interessenvertreter und sprechen von „Lobbyrepublik Deutschland“ (Tillack 2015), in der die Politiker nur die Marionetten der die Strippen ziehenden Lobbyisten sind.

Diesem Verständnis von Lobbyismus soll hier eine alternative Hypothese gegenüber gestellt werden: Im Gegensatz zu der in der Literatur weitverbreiteten Ansicht, dass Lobbyisten aktiv an die eher passiv (re)agierenden politischen Akteure herantreten, soll im Weiteren argumentiert werden, dass politische Akteure planmäßig und gezielt die Grundlagen für umfangreiches Lobbying legen und die Lobbyaktivitäten aus eigenen politischen Motiven aktiv forcieren, ausweiten und in die von ihnen gewünschte Richtung lenken. Hierfür nutzen sie eine Kombination aus drei Strategieelementen: Auf der Grundlage einer vor allem gesinnungsethisch fundierten Wertepolitik wollen politische Akteure durch Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit politisch mobilisieren. Sie wollen sich durch wissenschaftliche Expertise eine Legitimationsgrundlage schaffen sowie durch die Schaffung geeigneter ökonomischer Anreize Teile der Bevölkerung

besserstellen und in den Prozess der Durchsetzung ihrer Politik einbinden. Auf diese Weise schaffen und sichern sich politische Akteure wichtige Unterstützerkoalitionen sowohl bei der Formulierung als auch bei der Durchsetzung ihrer Politik. Dies soll am Beispiel des „grünen Lobbyismus“ in Deutschland dargelegt werden, der angesichts des rapide zunehmenden Gestaltungs- und Steuerungsanspruchs des Staates insbesondere in der Energie- und Klimapolitik in Deutschland („gesellschaftliche Transformation“) besonders verbreitet ist. Die nachfolgende polit- und verhaltensökonomischen Betrachtung nimmt das Spannungsverhältnis von staatlicher Macht, Allmachtsanspruch, Lobbyismus und Korruption in den Blick.

2. Lobbyismus und Korruption – legale und illegale Interessendurchsetzung

Lobbyismus ist eine Form der gesellschaftlichen Interessenvertretung, bei der gesellschaftliche Gruppen durch Information, Kommunikation und persönlichen Austausch Vertreter staatlicher Stellen, des Parlaments oder die Öffentlichkeit systematisch und gezielt zu beeinflussen versuchen (Alemann & Eckert 2006, S. 4-6). Diese Art der Interessenvertretung ist grundgesetzlich zulässig und aus demokratietheoretischen Gründen im Sinne der Pluralismus-Theorie gesellschaftlich erwünscht (Lösche 2006, S. 53-55). Da

Interessengruppen und Verbände elementare Bestandteile moderner demokratischer Gesellschaften sind, ist die Vielfalt und die Beteiligung der verschiedenen Interessengruppen für die Zukunftsfähigkeit eines demokratischen und freiheitlichen Gemeinwesens essenziell (Sebaldt & Straßner 2004, S. 13).

Demgegenüber stellt Korruption eine illegale Form der Interessendurchsetzung dar. Korruption wird in der klassischen Form definiert als die „missbräuchliche Inanspruchnahme eines öffentlichen Amtes für private Zwecke“ (Senturia 1931, S. 449) und umfasst Verhaltensweisen, die in einer demokratischen und rechtsstaatlichen Gesellschaft mehrheitlich abgelehnt und sanktioniert würden – vorausgesetzt, die Gesellschaft ist darüber informiert. Korruption ist ein weiter sozialwissenschaftlicher Begriff, die darunter zu fassenden einzelnen Handlungen sind grundsätzlich in jedem Rechtsstaat strafbewehrt und in speziellen Paragraphen strafrechtlich normiert (StGB). Korruption bezeichnet daher ein gesellschaftlich unerwünschtes und gesellschaftszerstörendes Verhalten (Wolf 2021, S. 21-23 und Pritzl & Schneider 1999, S. 312).

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich das Verhältnis zwischen Staat und Interessengruppen grundlegend verändert und weiter ausdifferenziert, was sich mit den Schlagworten *Pluralisierung*, *Spezialisierung* und *Professionalisierung der Lobbyarbeit* sowie mit *Mediatisierung* und *Digitalisierung* kennzeichnen lässt (Winter 2024, Kap. 3 und Schiffers 2023, S. 458). Es haben sich neue Lobby-Akteure herausgebildet (Unternehmensberatungen, Rechtsanwaltskanzleien oder Public-Affairs-Agenturen, aber auch lokale/ regionale Nicht-Regierungsorganisationen und Bürgerinitiativen) (Zimmer & Speth 2015). Der Einfluss von Gruppen, die nicht-erwerbswirtschaftliche oder öffentliche Interessen aus den Bereichen Menschen- und Bürgerrechte sowie Umwelt- und Klimaschutz vertreten, hat zugenommen.

Auch durch den politisch forcierten Ausbau der erneuerbaren Energien haben sich die ökonomischen, aber auch zivilgesellschaftlichen Interessen erheblich verändert, und es haben sich neue Akteure sowie neue Formen der Interessenvermittlung herausgebildet (Döhler 2023, S. 370-73). Die politische Kommunikation hat sich durch Mediatisierung und Digitalisierung fortentwickelt, in der die Lobby-Akteure selbst aktiv Themen setzen („agenda-setting“) und eigene Kampagnen führen („campaigning“).

Die Komplexität der Sachverhalte steigt, weil die Anforderungen in einer modernen demokratischen Gesellschaft weiter zunehmen (z. B. Klima-, Umwelt- und Gesundheitsauflagen). Gleichzeitig hat sich in Deutschland ein zunehmender und mittlerweile (fast) allumfassender Gestaltungs- und Steuerungsanspruch des Staates unter dem Stichwort „*gesellschaftliche Transformation*“ herausgebildet, der einerseits zu einem starken Anstieg der staatlichen Aktivitäten sowie der Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst geführt und andererseits die Grundlage für eine umfangreiche Anspruchshaltung der Bevölkerung und der Unternehmer gegenüber dem Staat gelegt hat. Parallel zur Komplexität der Sachverhalte haben sich auch die Lobbyaktivitäten entwickelt: Die Zahl der Lobbyisten in Berlin ist auf ca. 6.000 gestiegen (Tillack 2015, S. 7). Und in Brüssel wird die Zahl der Lobbyisten von Lobbycontrol auf rd. 30.000 geschätzt.

In den vergangenen Jahren haben die Regierungen über alle Parteigrenzen hinweg ein *instrumentelles Verhältnis zu Wissenschaft und Politikberatung* entwickelt: Die fachliche und personelle Distanz zwischen Ministerialverwaltung und Wissenschaft hat sich verringert, und die Politik hat die Nutzung externer Beratungsleistungen zunehmend professionalisiert. Politik und Ministerialverwaltung haben ihre hoheitliche Stellung als Initiatoren von diversen Gremien, Runden Tischen und Kom-

missionen gezielt professionalisiert und die „Feinschrauben des institutionellen Designs“ (Gobert 2014, S. 231) so perfektioniert, dass sie die gewünschte Beratungsleistungen in ihrem politischen Sinne initiieren und punktgenau hervorbringen können. Gleichzeitig nimmt die Relevanz klassischer ergebnisoffener Beratungsgremien (wie Wissenschaftliche Beiräte, Sachverständigenrat, Monopolkommission) ab, aber wird über die personelle Besetzungspolitik der Politiker in ihrem Sinne gesteuert. Ein wachsendes gesellschaftliches Beratungsangebot hat den Spielraum der politischen Akteure für die instrumentelle Nutzung der Beratungsleistungen vergrößert, die mit den eigenen politischen Interessen und moralischen Wertevorstellungen kompatibel sind (Döhler 2023, S. 375). Wissenschaftliche Dissense bieten für politische Akteure die ideale Gelegenheit, sich gezielt auf dem Markt für Beratungsleistung zu bedienen, was auch der „*Politisierung der Politikberatung*“ weiter Vorschub leistet. Die Politik besetzt – wie selbstverständlich – Expertengremien mit denjenigen Experten, von denen sie eine ihr genehme Stellungnahme erwartet und das politische Ziel bzw. die politische Entscheidung zu rechtfertigen hilft: Die „Ethikkommission für eine sichere Energieversorgung“ sollte nach dem Unglück in Fukushima 2011 den Ausstieg Deutschlands aus der Kernenergie gesellschaftlich legitimieren. Und die „Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (kurz: Kohlekommission 2019) sollte dem gesellschaftlichen Ausstieg aus der Kohle den Weg bereiten.

3. Lobbying und Rent-Seeking

Lobbyismus findet im Spannungsfeld von legitimer Interessenvertretung und einhergehender möglicher Gefährdung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundprinzipien statt. Dieses Spannungsfeld ist vom Zeitablauf, von

der jeweiligen Gesellschaft und der politischen Kultur („Politikstil“) abhängig und daher stets „spannungsgeladen“ und bedarf regelmäßig einer Neujustierung. Als wichtige Politikfelder des Lobbyismus lassen sich diejenigen Bereiche identifizieren, in denen der Staat *regulatorisch oder eigenwirtschaftlich* tätig ist und damit – aus politökonomischer Sicht – *Eigentumsrechte definiert, zuerkennt bzw. ändert*. Dies ist besonders in der Energiepolitik und beim Ausbau der erneuerbaren Energien der Fall (Cassel 2023, S. 858-59). Da die Interessengruppen versuchen, sich ökonomisch lukrative Eigentumsrechte anzueignen, kommt hier die Theorie des „Rent-Seeking“ als Analyseinstrument ins Spiel (Buchanan et al. 1980). Unter Rent-Seeking lassen sich die vielfältigen Bemühungen der gesellschaftlichen Gruppen verstehen, staatliche Eingriffe in die (marktwirtschaftliche) Allokation der volkswirtschaftlichen Güter herbeizuführen und sich die hierdurch geschaffenen (Renten-) Einnahmen anzueignen. Renten entstehen dort, wo staatliche Eingriffe und Regulierungen direkt oder indirekt zu *künstlichen Wettbewerbs- oder Preisverzerrungen* und somit zu *staatlich gewährten Einkommens- oder Transferzahlungen* führen. Staatliche Eingriffe begründen viele neue oder verändern bereits bestehende Eigentumspositionen und schaffen so privilegierte und staatlich geschützte Renten, um deren Aneignung sich einzelne Personen (individuelles Rent-Seeking) oder gesellschaftlich organisierte Gruppen (kollektives Rent-Seeking) bemühen (Tollison 1982). Die politischen Akteure besitzen hoheitliche Macht, den institutionellen Rahmen für das Rent-Seeking zu gestalten, und sind so die zentralen Akteure in diesen gesellschaftlichen Verteilungskonflikten. Das *Handeln der politischen Akteure* und die *Ausgestaltung der institutionellen Rahmenbedingungen* setzen grundlegende Anreize zur Fortführung und Intensivierung weiterer Lobbyaktivitäten. Im *Energiebereich* entscheidet der Staat z.B. über

staatlich festgesetzte Preisbestandteile für Strom und über verschiedene Ausnahmetatbestände im Erneuerbaren Energien-Gesetz (EEG), von denen die erneuerbaren-Energien-Produzenten bzw. andere gesellschaftliche Gruppen unmittelbar profitieren. Die erneuerbaren Energien-Lobby ist innerhalb weniger Jahre zu einem starken Akteur in der Energie- und Klimapolitik in Deutschland geworden (Corbach 2018, S. 103-131). Je mehr der Staat – im Rahmen der proklamierten „gesamtgemeinschaftlichen Transformation“ – die Eigentums- und Verfügungsrechte aktiv gestaltet, also zu einem *Wohlfahrts-, Interventions- und Umgestaltungsstaat* wird, desto umfangreicher und intensiver sind die vielfältigen Bemühungen der „Rent-Seeker“ und damit auch die vielfältigen Lobbyaktivitäten.

4. Staatliche Akteure forcieren Lobbyismus

Politische Akteure wollen die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen, Werten und Zielen gestalten bzw. verändern. Aus Sicht der ökonomischen Public Choice-Theorie lässt sich Politik als ein *Markt für politische Dienstleistungen* auffassen, der die Bereitstellung öffentlicher Güter, politische Regulierungen sowie Subventionen in den jeweiligen Politikfeldern umfasst. Politiker sind Anbieter von politischen Dienstleistungen, während Bürger, Unternehmer und andere Akteure wie insbesondere spezifische Interessen- und Lobbygruppen, die wirtschaftliche und gesellschaftliche Einzelinteressen oder spezifische ideologische Interessen vertreten, die Nachfrager nach politischen Dienstleistungen sind (Stadelmann & Frank 2023, S. 184-185). Politische Dienstleistungen werden gegen Wählerstimmen, Geld und weitere Tauschmittel wie Informationen, Einfluss und Vertrauen oder Zeitressourcen getauscht.

Der Markt für politische Dienstleistungen ist *intransparent und unvollkommen*, weil Bürger und Lobbygruppen zum einen unterschiedlich gut über Politik informiert und viele gesellschaftliche Probleme meist hoch komplex sind und zum anderen die politischen Akteure in ihrer hoheitlichen Stellung über *Monopolmacht* und somit über einen *politischen Gestaltungsspielraum* verfügen, den sie aktiv für ihre politischen und persönlichen Ziele nutzen können (Stadelmann & Frank 2023, S. 186-192). Rechtsstaatliche und demokratische Institutionen, die diese hoheitliche Monopolmacht einschränken und dem Gestaltungsspielraum nachvollziehbarer machen, führen oft zu besseren kollektiven Entscheidungen und zu höherem Wohlstand der Gesellschaft (Acemoglu & Robinson 2014, S. 100-113 und North 1991). Auf dem politischen Markt treten *Externalitäten* in Form von Benachteiligungen, Besteuerung oder sonstige Belastungen von einzelnen Bevölkerungsgruppen auf. Die Entscheidungen der politischen Akteure beeinflussen einige Bevölkerungsgruppen positiv, während sie andere benachteiligen oder finanziell belasten. Das Lobbying von NGOs für höhere Umweltstandards kann folglich zu Externalitäten und Kosten für Dritte im In- und Ausland führen. Gut organisierte Lobbygruppen werden sich daher bemühen, politische Entscheidungen zu ihren Gunsten und zulasten anderer gesellschaftlicher Gruppen zu beeinflussen (Stadelmann & Frank 2023, S. 191).

Die politischen Akteure bemühen sich, diese Charakteristika der politischen Märkte (Intransparenz, staatliche Monopolmacht und Externalitäten) für ihre eigenen politischen oder persönlichen Ziele einzusetzen. Die staatlichen Akteure sind entgegen anderen herkömmlichen Thesen nicht zwangsläufig die passiv Reagierenden, die von den Lobbyakteuren angegangen werden. Vielmehr können die politischen Akteure selbst der aktive Part sein, der gezielt die Lobbyaktivitäten bestimmter

Bevölkerungsgruppen auf einer stark wertebasierten Vorstellung schafft, erweitert und ausdehnt und damit zugleich vielfältige neue Einkommenserzielungsmöglichkeiten schafft. Dieses Phänomen ist besonders in der Energie- und Klimapolitik weit verbreitet, weshalb hier auch von „grünem Lobbyismus“ oder „Lobbyismus für Klima“ gesprochen wird (Bojanowski & Wetzel 2022, Graw 2019).

Die Grundvorstellung dafür ist, dass eine – bisher vor allem ökonomisch orientierte – Interessenpolitik von einer *moralischen Wertepolitik* abgelöst wurde. Die moralischen Werte werden zur Verfolgung der eigenen politischen Zwecke gezielt eingesetzt und Sachfragen zu moralischen Fragen umgedeutet (Söllner 2024, S. 25-30). Im Klimadiskurs geht es vor allem darum, umfassende gesellschaftliche Transformationsprozesse zu formulieren und anzustoßen, alle Menschen zu einer Verhaltensänderung anzuleiten und damit eine „*kulturelle Hegemonie*“ herzustellen (Bojanowski 2024b, S. 226-231). Kulturelle Hegemonie gewinnt man durch die zielgerichtete Gestaltung der öffentlichen Meinung, was vor allem durch die Betonung und Wiederholung der „*klimapolitischen Agenda*“ in Politik, Medien und Öffentlichkeit gelingt. Die *klimapolitische Agenda* in Deutschland ist stark *gesinnungsethisch und deontologisch* basiert, weil es vor allem darum geht, klimapolitisch „gut“ zu handeln und Klimaschutz als pflichtgemäßes Handeln von allen in der Gesellschaft einzufordern (Pritzl & Söllner 2021a, Falk 2022, S. 262). Den Gegensatz zur Gesinnungsethik bildet nach Max Weber die Verantwortungsethik, bei der der handelnde Mensch bei seinen Handlungen die Gesamtheit der voraussichtlichen Folgen berücksichtigt und sich zu rechnen lässt (Weber 1919, S. 57).

Die Grünen bezeichnen sich selbst als die „moralischste aller Parteien in Deutschland“ (Palmer 2019, S. 18) und verkörpern das *moralisch-überlegene Selbst- und Sendungsbewusst-*

sein, das (allein) sie für einen allumfassenden gesellschaftlichen (Um-)Gestaltungsauftrag moralisch legitimiert. Diese Legitimierung für eine *gesamtgesellschaftliche Transformation Deutschlands* nach ihren Vorstellungen kommt in ihren Parteiprogrammen deutlich zum Ausdruck, wenn dort z.B. ein „*klimagerechtes*“ und nicht ein „*menschengerechtes*“ Wirtschaften propagiert wird (Die Grünen 2021, S. 19-20). Die Grünen sehen als letzte Ursache der die Menschheit bedrohenden Klimakrise das Verhalten derjenigen Menschen, die rücksichtslos und möglicherweise auch bösartig das Klima gefährden, um ihre eigennützigen Interessen zu verfolgen und ihren Wohlstand zu sichern. Das eigentliche Problem, das zu einer Destabilisierung des Weltklimas führt, ist also eine weitverbreitete „*niedrige*“ und „*böse*“ Gesinnung vieler Menschen.

Diese *gesinnungsethische Perspektive ist bequem, rhetorisch eingängig und funktional* zugleich: Sie schafft ein klares moralisches Feindbild und erlaubt es den Grünen, die Welt anhand des Gut-Böse-Schemas einzuteilen und ihre eigene moralische Überlegenheit gegenüber anderen herauszustellen. So versuchen sie mit „*moralischen Ansprüchen* ihre Position zu festigen, dabei schlägt moralische Besserwisserei in Bevormundung um“ (Jesse 2023, S. 290). Denn aus ihrer Sicht kann gutes Handeln nur auf guter moralischer Gesinnung beruhen, nicht aber auf tatsächlichen positiven Handlungsfolgen. Diese gesinnungsethische Sichtweise enthebt die gut gesinnten Menschen davon, sich über die tatsächlichen Handlungsfolgen ihres Tuns und über die zugrundeliegenden Sachzusammenhänge zu informieren (Pritzl & Söllner 2021b). Es ist daher nicht verwunderlich, dass der *politische Moralismus* die zentrale Grundlage für die klimapolitische Agenda und für die Energie- und Klimapolitik in Deutschland ist (Pritzl & Söllner 2021a).

5. Zentrale Elemente der klimapolitischen Agenda

Das Klimaschutzziel wird als das höchste und wichtigste *gesellschaftliche Ziel verabsolutiert*, dem sich alle anderen gesellschaftlichen Ziele unterzuordnen haben. Der Schutz des Klimas wird von den klimapolitischen Akteuren zur „Überlebensfrage der Menschheit“ stilisiert und mit der höchsten Dringlichkeit versehen, was moralische Appelle wie „die Menschheit steht am Abgrund“ und „uns bleiben nur noch wenige Jahre für den Fortbestand der Zivilisation“ veranschaulichen. Dieser „apokalyptische Diskurs“ folgt der Logik und Argumentation von Außerordentlichkeit und Endzeitlichkeit, der in der Konsequenz weder kritisches Nachfragen noch eine Abwägung von Zielen oder Mitteln zulässt (Strohschneider 2024, S. 128-132).

Zur Zielerreichung wird eine enge *nationalstaatliche Fokussierung* propagiert, nach der die Klimaneutralität Deutschlands innerhalb der nationalen Grenzen bis 2045 mit ordnungsrechtlich-dirigistischen Instrumenten und ohne Rücksicht auf die gesellschaftlichen Kosten erreicht werden muss. Mit Franz Josef Radermacher lässt sich diese nationalstaatliche Fokussierung der Klimapolitik auf das Scheitern der Weltklimakonferenz 2009 in Kopenhagen und auf das konzeptionelle Umsteuern zu einem System freiwilliger, nicht reziproker nationaler Zusagen zurückführen (2020, S. 20-21). In Deutschland haben 50.000 bis 100.000 überwiegend akademisch gebildete Menschen daraufhin begonnen, diese nationalstaatliche Klimapolitik konzeptionell auf alle gesellschaftlichen Bereiche auszubreiten und detaillierte Strategien auszuarbeiten (Radermacher 2024).

Die Mittel zur Zielerreichung (Ausbau erneuerbarer Energien und Elektrifizierung aller gesellschaftlichen Aktivitäten in einer „all electric-society“) stehen für die politischen

Akteure zweifelsfrei fest. Auf diese Weise kommt es zu einer klimapolitischen Zielverabsolutierung bei gleichzeitig gezielter Vernachlässigung weiterer – ebenfalls wichtiger – gesellschaftlicher Ziele und alternativer Mittel (Pritzl 2023a, S. 139). Diese klimapolitische Ziel- und Mittelverabsolutierung steht allerdings im Gegensatz zur Pluralismusthese des Lobbyismus, bei der – zumindest um die Wahl der geeigneten Instrumente – erst noch politisch gerungen und somit ein gesellschaftlicher Kompromiss gefunden werden muss. Das *moralisch überlegene Selbst- und Sendungsbewusstsein* der klimapolitischen Akteure enthebt sie eines solchen gesellschaftlichen Such- und Aushandlungsprozesses, denn sie fühlen sich selbst als die Verkörperung des Rousseauschen „Willens des Volkes“.

Die gesinnungsethische Fundierung macht diese klimapolitische Agenda zu einer eingängigen, leicht verständlichen und – von vielen in der Gesellschaft – wünschenswerten Vorstellung, die bei vielen Menschen ein „gutes Bauchgefühl“ hervorruft, auf viele Sympathien stößt und von vielen Medien kaum kritisch hinterfragt wird. Denn wer will sich schon der erforderlichen „Rettung des Weltklimas“ entgegenstellen? Unter Nutzung des eingängigen „klimapolitischen Narrativs“ bzw. „klimapolitischen Framings“ werden dann politische Wertvorstellungen vorgebracht und gesellschaftliche Forderungen erhoben, die ohne eine solche fast *klimareligiös aufgeladene Argumentation* kaum zu rechtfertigen wären. Denn hiermit werden antiparlamentarische und basisdemokratische Vorstellungen verbunden („Wir haben keine Zeit zu verlieren“ und „Letzte Generation vor dem Weltuntergang“), weil die parlamentarisch-repräsentativen Verfahren in der Demokratie vielen Akteuren angesichts der „bevorstehende Klimakatastrophe“ zu langsam und zu zeitintensiv erscheinen. Das marktwirtschaftliche Koordinationsprinzip unserer Sozialen Marktwirt-

schaft wird rundweg abgelehnt und stattdessen eine gesellschaftliche Gleichheit, eine gleiche Zuteilung und eine „gerechte Diskriminierung“ gefordert. Weiterhin werden zentrale Prinzipien des Rechtsstaates („wirtschaftliche Freiheits- und Eigentumsrechte“, vor allem aber „Privateigentum“) abgelehnt, weil sie der Umsetzung der aktivistischen Agenda schlichtweg im Wege stehen (vgl. Zitelmann 2023, Issing 2023). Wolfgang Merkel weist darauf hin, dass eine Zurschaustellung der eigenen moralischen Überlegenheit notwendigerweise mit einer moralisierenden und unangemessenen Komplexitätsreduktion politischer Sachverhalte einhergeht (2021, S. 9-10).

Damit ist eine konstruktivistische Grundeinstellung der erwünschten gesellschaftlichen Entwicklung verbunden, die auf der Wissens- bzw. Wissenschaftsgläubigkeit der Moderne und auf der Beherrschbarkeit der Welt durch den Menschen im Sinne von Max Weber beruht (Bogner 2021, S. 11-15). Mit dem Motto: „Follow the science“ wird eine *Wissenschaftsgläubigkeit* praktiziert, der ein naives technokratisches Denken zugrunde liegt und zu einer Herrschaft der Wissenschaft und gleichzeitig *Entpolitisierung des gesellschaftlichen Bereiches* führt (Strohschneider 2024, S. 112-132). Diese Wissenschaftsgläubigkeit – oder auch: Verengung der Wissenschaftskommunikation – ist aber das Gegenteil von einer „Wissensgesellschaft“, in der „wahres“ bzw. verlässliches Wissen als wichtigste volkswirtschaftliche Produktivkraft entscheidend zur technologischen Entwicklung und zum gesellschaftlichen Fortschritt beiträgt (Weitze & Hackl 2016 und Weingart 2017, S. 11). Aus einer solchen naiven Wissenschaftsgläubigkeit leiten sich *vielfältige konstruktivistische Gestaltungsvorstellungen* ab, die in immer mehr gesellschaftliche Bereichen vordringen und immer kleinteiligere staatlichen Handlungsvorgaben und Regulierungen machen. Diese „Gestaltungsoptimisten“ verkennen aber, dass moderne

Industriegesellschaften „komplexe Systeme“ sind, die sich nicht durch Verbote, Vorschriften und Anordnungen steuern lassen, sondern nur durch allgemeine abstrakte gesellschaftliche Regeln, die grundlegend auf Eigenverantwortung, Eigeninteresse und Eigeninitiative der handelnden Individuen setzen (Tofall 2023). Die politischen Akteure maßen sich an und geben in der Öffentlichkeit vor, die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen detailliert gestalten zu können, zumindest aber in diese Richtung staatlicherseits fördern zu wollen (Eisenkopf & Pritzl 2023). Verschiedene klimapolitische Berater und Lobbyorganisationen bestätigen die politischen Akteure darin, dass ihnen alle zur Zielerreichung erforderlichen Instrumente zur Verfügung stehen und alles nur eine Frage des politischen Willens zur Durchsetzung ist. Durch staatlich-diskretionäre Mikrosteuerung wird die Leistungsfähigkeit komplexer Systeme aber entscheidend beeinträchtigt und deren Funktionsfähigkeit letztlich zerstört. Die Vorstellung, dass eine Gesellschaft entlang eines politisch vorgegebenen (Klima-) Pfades transformiert werden könne, entspringt letztlich einer konstruktivistischen Grundhaltung.

6. Neue Strategieelemente der „Wendepolitiken“

Die verschiedenen Wendepolitiken (Energie- wende, Klimawende, Verkehrswende etc.) nutzen die folgenden drei politischen Strategieelemente, die in dieser Form und Intensität bei der Realisierung gesamtgesellschaftlicher Steuerungsziele so systematisch und zielgerichtet bisher noch nicht zum Einsatz kamen:

6.1. *Umfassende politische Mobilisierung und Moralisierung*

Politik formuliert heute gerne wünschenswerte Zukunftsprojektionen und gesellschaft-

liche „Endstadien“, wie die Vision einer klimaneutralen Gesellschaft. Zugleich versuchen politische Akteure, die Menschen dazu zu bringen, sich gesellschaftlich zu engagieren, sich für ihre politischen Interessen und Ziele einzusetzen und – verständlicherweise – sie selbst und ihre Politik zu unterstützen. Sie bringen dazu „Zielwerte“ oder „Zielprojektionen“ für die von ihnen propagierten „Wendepolitiken“ in die Diskussion und betreiben einen *politischen Ambitionswettkampf* um die frühestmögliche Klimaneutralität von Bund, Ländern oder Kommunen (2050, 2045 oder 2040 oder sogar noch früher). Diesen Zielwerten kommt dann eine Verankerungsfunktion zu, weil an ihnen die weitere Entwicklung festgemacht und – zum Teil jährlich – „gemonitort“ wird. Diese Verankerungen gewinnen im gesellschaftlichen Diskurs mitunter eine Eigen Dynamik, verselbständigen sich von den (ursprünglich) zugrundeliegenden Zusammenhängen und werden von gesellschaftlichen Gruppen instrumentalisiert. Diese Verankerungsdynamik wird von der Politik gezielt genutzt. So hat sich die Bundesregierung bei der Umsetzung der Energiewende stets bemüht, die relevanten Stakeholder einzubinden, deren Informationsbasis zu verbessern und so eine höhere Legitimation für Entscheidungen zu erreichen (Renn 2015, S. 67-68). In den vergangenen Jahren hat die Regierung auch die Handlungsspielräume für gesellschaftliche Gruppen und Bürgerinitiativen ausgeweitet, um für mehr gesellschaftliche Partizipation zu sorgen und so gleichzeitig die klimapolitische Agenda weiter voranzutreiben. Politische Akteure setzen in der Umwelt- und Klimapolitik insbesondere auf das Engagement von „unorganisierten“ oder „grassroot“-Interessengruppen, vergrößern deren Handlungsspielräume beim klimapolitischen Lobbying und unterstützen sie in ihrer gruppenspezifischen Handlungslogik (Schiffers 2023, S. 465-468): Sie versuchen, die *Selbstwirksamkeit* der in der grassroot-Bewegung Aktiven zu erhöhen,

indem sie zu einer Verankerung des Anliegens in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen beitragen. Im Gegenzug profitieren die politischen Akteure von der fachlichen Expertise und dem zeitlichen Engagement dieser Lobbygruppen. Auf diese Weise werden die grassroot-Bewegungen institutionalisiert und von der Regierung als Ansprechpartner auf Augenhöhe anerkannt (Schiffers 2023, S. 467). Die politischen Akteure haben in den vergangenen Jahren den institutionellen Rahmen für viele im Bereich des Umwelt- und Klimaschutz tätige NGOs und Interessengruppen ausgeweitet und sie finanziell gefördert (Projektförderung oder institutionelle Förderung) und so in Struktur und Wirkungsmacht gestärkt.

Die klimapolitischen Interessengruppen begleiten den politischen Prozess und diagnostizieren öffentlichkeitswirksam – und ganz im Sinne der politischen Akteure – „Zielverfehlungen“ (z.B. „Klimaschutzlücke“ oder „Energieeffizienzlücke“), deren drohende Nichterreichung im gesellschaftlichen Diskurs Besorgnis, Angst oder Panik hervorrufen und besondere Dringlichkeit in der „politischen Nachsteuerung“ nahelegen. Diese „Nachsteuerung“ wird politisch oder aber auf dem Rechtsweg von den Interessengruppen eingefordert. In Deutschland ist ein Trend zur *Justialisierung der Interessenvertretung und -durchsetzung* festzustellen (Winter 2024, S. 101), der von den politischen Akteuren – vermutlich auch intentional – ermöglicht und erweitert wurde. Durch die gezielte Beschreitung des Rechtsweges versuchen manche NGOs, ihre partikularen Zielsetzungen und -vorstellungen im Einklang mit der Energie- und Klimapolitik in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft durchzusetzen. So verklagte Greenpeace die Volkswagen AG oder Royal Dutch Shell AG auf Einhaltung von politischen Klimaschutzzielen. Ein jüngst erstelltes Rechtsgutachten im Auftrag von BUND und Greenpeace wird politisch gezielt genutzt, um eine

konkrete Entscheidung der Bayerischen Staatsregierung zu erzwingen, nämlich die Erdgasprobohrungen in Bayern zu verbieten.¹ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) setzt mit einer speziellen Abteilung „ökologische Marktüberwachung“ darauf, auf juristischem Weg die Bundes- und verschiedene Länderregierungen zu einer Verschärfung der klimapolitischen Auflagen zu zwingen und fungiert so – in einer von der Regierung unterstützten oder zumindest geduldeten Weise – zu einer „Speerspitze“ einer äußerst restriktiven und dirigistischen Klimaüberwachung.²

Für die politischen Akteure ist es sinnvoll, eine gewisse Unsicherheit in der Bevölkerung über die Auswirkungen der Klimapolitik aufrecht zu halten oder diese noch weiter zu erhöhen (Stadelmann & Frank 2023, S. 189-190). Daher wird z.B. gerne das „worst-case-Klimaszenario“ in den Mittelpunkt gerückt, auch wenn es tatsächlich nur mit einer verschwindend geringen Eintrittswahrscheinlichkeit unterlegt ist. Nützliche „Horror-Prognosen“ werden instrumentalisiert, um eine einseitige und nicht-realistische Fokussierung in der Gesellschaft zu erreichen. Hierfür bietet sich das Extremszenario „RCP 8.5-Klimaszenario“ an, weil es als worst-case-Klimaszenario das höchstmögliche Medienecho erwarten lässt (Bojanowski 2024b, S. 249-255). Auch das klimapolitische Framing der Kernenergie als „Hochrisikotechnologie“ und die gezielte Verwendung des „Restrisiko“-Begriffs machen Angst

und Panik in der Bevölkerung zu von den politischen Akteuren (und den Medien) beeinflussbaren Größen. Und mit jedem Unwetterereignis wird reflexhaft auf den Klimawandel verwiesen und ein Bezug hergestellt (Bojanowski 2022a).

6.2. Politische Legitimation durch wissenschaftliche Expertise

Politische Akteure versuchen, sich mit dem Verweis auf vorgeblich fachliche Expertise eine politische Legitimationsgrundlage zu schaffen. Die Analysen, Politikempfehlungen und konkrete Maßnahmenvorschläge spiegeln letztlich aber vor allem ihre zugrundeliegende moralische Werteposition wider. Hierbei wird die „Epistemisierung der Politik“ (Bogner 2021) als wichtiges argumentatives Element eingesetzt, bei der die Berufung auf alternativlose, weil wissenschaftlich begründete Erkenntnisse gegen kritische Einwendungen immunisieren soll:

1. Wissenschaftliche Studien werden beauftragt und untersuchen das *theoretische Potenzial*. Dieses wird in der politischen Diskussion mit dem – bedeutend geringerem – praktisch realisierbaren Potenzial – aus Unkenntnis oder mit Absicht – gleichgesetzt. Das theoretische Potenzial beschreibt aber letztlich (nur) eine gesellschaftliche Wunschvorstellung und bleibt somit reine Träumerei.³

¹ „Klimaschutz verpflichtet. Wie Bayerns Wirtschaftsminister Gasbohrungen im Freistaat verhindern kann“, Rechtsgutachten im Auftrag von BUND und Greenpeace, veröffentlicht am 24.10.2024, online unter: [Klimaschutz verpflichtet | Greenpeace](#), abgerufen am 16.11.2024.

² Die DUH profitiert seit 2004 von dem rechtlichen Sonderstatus und erzielt umfangreiche Einnahmen aus der Abmahn­tätigkeit von Unternehmen und Bürgern z.B. bei unzureichender Energieverbrauchskennzeichnung oder ungenauer DSGVO-

Angaben. Im Koalitionsvertrag gibt die Ampel-Regierung gleichsam eine breite gesellschaftliche Aktivitätsgarantie: „Wir wollen gesetzlich klarstellen, dass sich eine gemeinnützige Organisation innerhalb ihrer steuerbegünstigten Zwecke politisch betätigen kann sowie auch gelegentlich darüber hinaus zu tagespolitischen Themen Stellung nehmen kann, ohne ihre Gemeinnützigkeit zu gefährden“ (Koalitionsvertrag, S. 131).

³ Eine positive Ausnahme ist die Studie der Forschungsstelle für Energiewirtschaft, München, zum

2. Bei sog. „*Machbarkeitsstudien*“ werden die Kosten bzw. Finanzierungsaspekte nicht berücksichtigt. Von den zahlreichen Studien zur Energiewende, die oftmals von sich behaupten, „kostenoptimierte“ Pfade zur Klimaneutralität aufzuzeigen, weisen viele keine volkswirtschaftlichen Kosten aus. Von den sogenannten „Big 5“ Klimaneutralitätsszenarien kommen drei Studien ganz ohne den Ausweis von Kosten aus („Klimaneutrales Deutschland 2045“ von Agora Energiewende, „Aufbruch Klimaneutralität“ von dena und „Deutschland auf dem Weg zur Klimaneutralität 2045“ als Ariadne-Kopernikus-Projekt).⁴ Das Ausblenden der Finanzierungskosten verhindert aber von vornherein eine wirtschaftlich sinnvolle Kosten-Nutzen-Analyse, eine Betrachtung alternativer Szenarien und eine realistische Umsetzung und führt zu einer Vernachlässigung der ökonomischen und sozialen Dimension. Wenn diese Planvorstellungen dann in die Praxis umgesetzt werden, wird der handelnde Mensch zu einem willenslosen Erfüllungsgehilfen eines gesellschaftlichen (Transformations-)Planes, der nicht mehr eigenständig handeln und abwägen darf, sondern allein auszuführen und im

Sinne des Planes zu „funktionieren“ hat. Das Gebäudeenergiegesetz, das – vor allem in der ursprünglichen Fassung – kleinteilig die individuellen Entscheidungen bis in jeden Heizungskeller vorschreibt, macht den Hauseigentümer letztlich zu einem Erfüllungsgehilfen der Klima-Planwirtschaft dieser Bundesregierung (Pritzl 2023b).

3. Beauftragung von Studien mit äußerst restriktiven Ausgangsbedingungen bzw. stark einschränkenden Annahmen: Werden z. B. bei einer gesamtgesellschaftlichen Energiesystemstudie von vornherein die restriktiven Vorgaben gemacht – Halbierung des Energieverbrauchs einer Industriegesellschaft, der Rest wird mit erneuerbaren Energien gedeckt – so kann das zwar technisch korrekt modelliert werden, erscheint aber praktisch nicht realisierbar, wenn bekanntlich das menschliche Verhalten, ökonomische Gesetzmäßigkeiten und historische Erfahrungen dagegen sprechen.⁵ Die Beauftragung von Studien mit sehr eingeschränktem Fokus bzw. unter Ausblendung des Gesamtzusammenhangs ist instrumental zu sehen: Studien zur Erfassung der „Beschäfti-

Thema „Theoretisches Potenzial von Flusswärmepumpen,“ das diesen Potenzialbereich bereits im Titel trägt (FfE 2024). Dass es sich hier nur um das theoretische Potenzial handelte, kam in der öffentlichen Diskussion allerdings zu kurz (Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FfE) (2024). *Wärmepumpen an Fließgewässern – Analyse des theoretischen Potenzials in Bayern*, München).

⁴ Die Studie „BDI-Klimapfade 2.0“ beziffert die Mehrkosten bis 2030 gegenüber den Erhaltungsinvestitionen, und die Studie „Langfristszenarien für die Transformation des Energiesystems in Deutschland“ des BMWK weist nur die Teilkosten im Stromsektor aus. Für einen Vergleich der „Big 5“ Klimaneutralitätsszenarien siehe unter: [Szenarien zur Klimaneutralität: Vergleich der „Big 5“-Studien | Ariadne \(ariadneprojekt.de\)](#). Erst jüngst scheint

man dem Finanzierungserfordernis der Energie- und Klimapolitik mehr Beachtung zu schenken und die volkswirtschaftlichen Kosten in zwei aktuellen Studien zu beziffern („Transformationspfade für das Industrieland Deutschland“ vom 10.9.2024 von BDI, BCG und IW sowie „Fortschrittsmonitor 2024“ von BDEW und EY).

⁵ So ganz geheuer scheint es dem Verfasser einer derartig konzipierten Studie mit den vom Auftraggeber vorgegebenen Annahmen nicht zu sein, denn er merkt im Vorwort (selbst-)kritisch an: „Wir sind von bestimmten Annahmen, wie zum Beispiel die Halbierung der Energieverbräuche ausgegangen, die man diskutieren oder kritisieren kann. Deshalb müssen Ergebnisse von Energiesimulationen immer im Kontext der Rahmenbedingungen betrachtet werden.“

gungswirkungen des erneuerbaren Energien-Sektors“ vernachlässigen oder unterschätzen systematisch den Arbeitsplatzabbau in den restlichen Wirtschaftsbereichen aufgrund der Verschlechterung der Standortbedingungen – vor allem dann, wenn diese Studien von Lobbyverbänden der erneuerbaren Energien herausgegeben werden. So kommen Lutz et al. (2018) zum Schluss, dass die Energiewende in Deutschland durchgehend positive Beschäftigungseffekte aufweist. Keine der zahlreichen Energiewende-Studien wurde bisher in wissenschaftlichen Journalen nach einem peer-reviewed-Standard veröffentlicht. Es fehlt bei der wissenschaftlichen Planung und Begleitung der Energie- und Klimapolitik in Deutschland ganz offensichtlich der wichtige wissenschaftliche Forschungsprozess.

4. Mithilfe solcher „wissenschaftlicher Studien“ sichern sich die öffentlichen Auftraggeber die argumentative bzw. politische Unterstützung der beauftragten Wissenschaftler, die sich dann gegen die (zielgerichtete) politische Verwendung bzw. Instrumentalisierung dieser Studienergebnisse nicht mehr wehren (können oder wollen). Forschungsinstitute und ihre Auftragsstudien werden dann als „Sprachrohr“ der eigenen Überzeugung der Auftraggeber genutzt und können so „die Spur“ zum eigenen Absender erfolgreich kaschieren (Corbach 2018, S. 132) und sich mit vorgeblich wissenschaftlicher Reputation schmücken. Nach Auffassung von Christiane Denkwirth, LobbyControl e.V., wirkt „mit einem Professorentitel jede Aussage gleich viel glaubhafter“ (Pinzler 2023), was diese Studien dann argumentativ umso wertvoller macht.
5. Politische Akteure lassen sich von Studien und Berichten der ihnen nach- bzw. untergeordneten Verwaltungen argumentativ

unterstützen und begleiten. Die Verwaltungen stehen als Teil der Exekutive unmittelbar unter dem Einfluss der politischen Akteure bzw. ihrer Ausführungsorgane auf Bundes- und Länderebene und auf kommunaler Ebene (Kleinfeld 2024): So stellt der im März 2024 vorgelegte *Projektionsbericht des Umweltbundesamtes* (UBA), das dem Bundesumweltministerium untersteht, fest, dass Deutschland seine Klimaziele bis 2030 bei voller Wirtschaftskraft erreichen kann (UBA 2024). Diese Aussage beruht allerdings auf einer affirmativ-programmatischen Aussage, einem Zirkelschluss und der gezielten Ausblendung des Gesamtzusammenhangs: Die Klimaziele 2030 werden dann erreicht, wenn die Erneuerbaren Energieausbauziele bis 2030 auch erreicht werden und die Bundesregierung alles dafür tun, diese Ziele zu erreichen (Wetzel 2024). Der Projektionsbericht des UBA wurde genau zu dem Zeitpunkt veröffentlicht, nachdem der Bundesrechnungshof wenige Tage zuvor massive Kritik an der Energie- und Klimapolitik der Bundesregierung (mangelnde Effektivität, hohe Kosten, geringe Effizienz) geübt hatte (BRH 2024). Im Mai 2024 hat der „Expertenrat für Klimafragen“ den Projektionsbericht des UBA dann auch als nicht zutreffend beurteilt (Expertenrat 2024).

6. Zentraler identitätsstiftender Bestandteil der klimapolitischen Agenda ist die endgültige Abschaltung aller Kernkraftwerke in Deutschland, die am 15.4.2023 erfolgt ist. Das dem Bundesumweltministerium unterstellte „Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung“ (BASE) kommt im Jahr 2024 in einer Studie zu – dem vorhersehbaren – Ergebnis, dass nach den Worten von BASE-Präsident Christian Kühn „wir erwarten müssen, dass aus sicherheitstechnischer Sicht die möglichen

Vorteile dieser Reaktorkonzepte von Nachteilen und den nach wie vor ungeklärten Fragen überwogen werden“ (Bockenheimer 2024). Das Studienergebnis ist damit voll auf der Linie der Bundesumweltministerin Steffi Lemke und sichert ihre klimapolitische Werteposition (vermeintlich) wissenschaftlich ab. Diese Studie war für die Ampel-Regierung als Argument in der klimapolitischen Diskussion besonders wichtig, weil fast zeitgleich über 30 Staats- und Regierungschefs in Brüssel sich öffentlich verpflichtet haben, das „Potenzial der Nuklearenergie voll auszuschöpfen“ (Bockenheimer 2024). Hier steht der Verdacht auf eine Gefälligkeitsstudie im Raum: „Grüne Lobbyarbeit auf Steuerzahlerkosten“ (Anastasiadis 2024).

7. Es ist daher logisch, dass politische Akteure versuchen, (möglichst) alle ihnen unterstellte staatlichen Institutionen und nachgelagerten Behörden (BNetzA, UBA, BAFA, BASE, dena) mit eigenen politischen Personen zu besetzen, um sie als „Sprachrohr“ für ihre politische Sache einzusetzen. erinnert sei hier an die (gefühlte) fast tägliche Mahnung des Chefs der Bundesnetzagentur Klaus Müller im Winter 2022/23, den Energie- und besonders den Gasverbrauch zu reduzieren, mit der er dieselbe Verhaltens-Botschaft des ihm vorgesetzten Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck orchestrierte. Und der Versuch, den Geschäftsführerposten der dena mit einem persönlichen und politischen Vertrauensmann des Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministeriums zu besetzen, war dann doch zu offensichtlich. Der „Marsch durch die Institutionen“ war allerdings erfolgreich, denn mittlerweile sind zahlreiche grüne (Ex)-Politiker in (fast) allen relevanten staatlichen Behörden bzw. Fachverbänden tätig.

6.3. Schaffung von ökonomischen Anreizen zwecks Umsetzung der Politik

Politische Akteure sind in hohem Maße daran interessiert, vielfältige Einkommenserzielungsmöglichkeiten auf dem politischen Markt zu schaffen bzw. zu erweitern und die Zugangswege festzulegen, auf denen diese Möglichkeiten genutzt werden (Winter 2024, S. 38). Auf diese Weise sollen bestimmte gesellschaftliche Gruppen bzw. Teile der Bevölkerung finanziell bessergestellt und so in die Umsetzung der Politik einbezogen werden. Die so privilegierten Interessengruppen unterstützen einerseits die politischen Akteure, andererseits entwickeln sie eine hohe Eigen-dynamik in der kontinuierlichen Ausweitung des Rahmens zur (zukünftigen) Einkommenserzielung (Cassel 2023, S. 857-859). Da mit der Ausgestaltung der Energiewende vielfältige technische und regulatorische Fragen zu beantworten sind, sind die politischen Akteure auf die informationelle und konsultative Leistung der erneuerbaren Energien-Interessengruppen angewiesen. Politiker haben einen starken Anreiz, möglichst differenzierte Regelungen und Einzelfalltatbestände zu schaffen, um gezielt ökonomische Vorteile zu gewähren, evtl. gesellschaftlichen Widerspruch bzw. Widerstand zu fragmentieren und sich so Wählerstimmen zu sichern. Gerade im sehr kleinteilig gestalteten EEG-System können Politiker ökonomische Renten sehr spezifisch und gleichsam maßgeschneidert an die gewünschte Bevölkerungsgruppe vergeben (Cassel 2023, S. 859).

Das *Erneuerbare Energien-Gesetz* (EEG) ist hierfür das Paradebeispiel: Seit der Einführung des EEG im Jahr 2000 haben sich zahlreiche mächtige Lobbyakteure im Energiesektor (neu) herausgebildet und sind vielfältige gleichgerichtete Akteurskoalitionen eingegangen, um ihre ökonomischen Forderungen an die Politik heranzutragen. Die beteiligten Akteure agieren strategisch als „Rent-Seeker“:

Die ökonomischen und die ökologischen Koalitionen haben gemeinsame informelle Netzwerke herausgebildet, die sie nutzen, um ihre Interessen zu bündeln, sich in ihren Positionen und ihrem Vorgehen informell abzusprechen und sich privilegierte Zugänge zu den politischen Entscheidungsträgern zu verschaffen (Cassel 2023, S. 850). Diese Netzwerke geben (nur) ausgewählte Informationen an die Politik weiter oder deuten sie zu ihrem eigenen Vorteil um und versuchen, ihre Forderungen mit *Gemeinwohlargumenten* zu kaschieren, was mit den bekannten klimapolitischen Narrativen („Rettung der Menschheit“ und sogenannte „Freiheitsenergien“) bestens gelingt. Um ihren Positionen eine höhere Glaubwürdigkeit zu verleihen, verweisen sie auf die von ihnen beauftragten wissenschaftlichen (Auftrags-) Studien.

Die erneuerbaren Energien-Verbände setzen sich gegen eine Verschlechterung oder gar Abschaffung der EEG-Einnahmen zur Wehr und bemühen sich um eine Weiterentwicklung eines für sie lukrativen „Förderumfeldes“. Die an der Wiederwahl interessierten politischen Entscheidungsträger gewähren diesen Akteurskoalitionen zahlreiche finanzielle Vorteile und privilegierte Behandlung (z.B. Befreiungstatbestände für EEG-Umlage, Festvergütungssätze, auszuschreibende Mengen und regionale Steuerungsinstrumente) und wälzen die Gesamtkosten – für den einzelnen letztlich nur schwer wahrnehmbar – auf die nur schlecht organisierte große Gruppe der Stromverbraucher bzw. mittlerweile der Steuerzahler ab. Auch nach verschiedenen Reformen bietet das EEG weiterhin vielfältige und attraktive Hebel für gezieltes und lukratives Lobbying (Cassel 2023, S. 858-59).

Die Interessengruppen fordern weitere staatliche Eingriffe, Regulierungen oder Sonder Vorteile für ihre Branche, was zu einer dynamischen Interventionsspirale führt. So wird im ersten Schritt der Ausbau der Erneuer-

baren Energien (Photovoltaik, Windkraft) politisch forciert, in zweiten Schritt werden dann die Nutzungsmöglichkeit des dann – zumindest stundenweise – als Überschuss vorhandenen Stroms ausgeweitet bzw. dessen Nutzung für die Endverbraucher vorgeschrieben (Wärmepumpen, E-Mobilität). Im dritten Schritt werden weitere Verbesserungen für diejenigen vorgesehen bzw. durchgesetzt, die auf erneuerbare Energien setzen (z.B. Abnahmeverpflichtung, Anschlusszwang, Förderprogramme). Durch verschiedene in der Öffentlichkeit gut sichtbare Projekte im Strombereich soll demonstriert werden, „es geht ja in die richtige Richtung“. Diese Projekte sind mitunter kurzfristig und einseitig und werden – auch vor dem Hintergrund der spezifischen Wissenschaftsgläubigkeit der politischen Akteure – ohne die zugrundeliegenden technischen oder ökonomischen Zusammenhänge propagiert („Die Sonne schickt keine Rechnung“). Alle Akteure können sich aber in der Öffentlichkeit zufrieden zeigen mit ihrem Anteil am „Erfolg der Energiewende.“ In der politischen Erzählung scheint es nur Gewinner zu geben: Die politischen Akteure haben zukunftsgerichtet gehandelt und die richtigen politischen Weichen gestellt, die Öko-Lobbyisten haben ihre Einkommenserzielungsmöglichkeiten genutzt und ausgeweitet und jeder Beteiligte ist stolz, an der gesamtgesellschaftlichen Herausforderung der „Klimarettung im Inland“ mitgewirkt zu haben.

7. Lobbyismus zwischen gesellschaftlicher Steuerungsillusion, Allmachtsphantasien und Korruption

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat sich ein enges, dichtes und unübersichtliches Netzwerk zwischen verschiedenen Nichtregierungsorganisationen (vor allem Agora Energiewende, DUH sowie Umwelt- und Natur-

schutzverbände) und Ministerien sowie anderen politischen Akteuren entwickelt. Die Akteure sind beruflich, ökonomisch, politisch und zum Teil auch privat in Netzwerken miteinander verbunden und pflegen einen intensiven personellen, fachlichen und politischen Austausch miteinander und haben – historisch und inhaltlich – eine große Nähe und enge Verbundenheit mit der Partei der Grünen. Alle Akteure eint, dass sie auf gesinnungsethischer Fundierung die gemeinsame klimapolitische Agenda verfolgen. Es ist nicht überraschend, dass derzeit von einem erheblichen Einfluss von NGOs auf die Ampel-Regierung ausgegangen wird (Schreiber 2023).

Die Grünen haben über Jahrzehnte hinweg ein „dichtes, filzartiges Netzwerk gebildet, das die deutsche Energiepolitik beherrscht“ (Gräber 2024, S. 19) und das im Kampf gegen die Atomkraft ihr politisches Lebenswerk sieht. Fünf beamtete und zwei parlamentarische Staatssekretäre der Ampel-Regierung sind oder waren Mitglieder beim sogenannten „Rat der Agora“, der sich selbst als Debattenforum definiert und dem bedeutende Vertreter aus Politik, Wirtschaft und der Zivilgesellschaft angehören. Das Debattenforum findet weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Brisant ist diese fachliche und personelle Nähe, die der Öffentlichkeit weitgehend vorgeborgen blieb, deshalb, weil die politischen Akteure so zu Netzwerkkern einer Klima-Lobby werden, die ihre eigenen Ziele vorantreibt (Gallina 2023). Das sogenannte „*System Graichen*“ kennzeichnet einflussreiche personell und fachlich sich austauschende Netzwerke aus Öko-Lobbyisten, Vertretern von verschiedenen NGOs, Wissenschaftlern sowie Vertreter von Ministerien und politische Akteure, die vor allem auf persönlicher Nähe bzw. familiärer Zugehörigkeit basieren und gemeinsame politische und eigeninteressierte Ziele anstreben (Bockenheimer 2023, Gallina 2023). Es mangelt an fundamentalen Prinzipien wie

Transparenz und Öffentlichkeit sowie argumentativen Gegenpositionen (Pluralität), die entscheidend für die Regulierung der Grauzone zwischen Lobbyismus und Korruption sind (Wolf 2023, S. 211). „Stattdessen kann die Agora-Lobby auf dieses Netzwerk zurückgreifen und ihre Projekte an den Ideen von Spitzenvertretern ausrichten sowie umgekehrt auch ihre Programme vorbringen und auf die Akteure in den Ministerien fachlich Einfluss nehmen“ (Gallina 2023). Deren argumentative Durchschlagskraft wird als bedeutend höher eingeschätzt, als es die im Lobbyregister verzeichnete Finanzausstattung vermuten lässt (Eble 2024). Die BASE-Studie, die die zukünftigen negativen Auswirkungen der neuen Reaktorkonzepte der „Generation IV“ für nicht hinnehmbar einschätzt, wurde an Institute vergeben, mit denen das Bundesumweltministerium (BMU) bzw. die Bundesumweltministerin Steffi Lemke enge Arbeitsbeziehungen unterhält. So hat das Öko-Institut Darmstadt seit Dezember 2021 sechzehn Aufträge bzw. Zuwendungen im Gesamtvolumen von 6,3 Millionen Euro aus dem BMU erhalten (Gräber 2024, S. 20).

Das sogenannte „grüne Lobby-Netzwerk“ ist eng mit der Person und dem Namen von Patrick Graichen verbunden. Bei Agora Energiewende hat Graichen die energie- und klimapolitischen Konzepte ausgearbeitet, die er ab 2021 als Staatssekretär im Bundeswirtschafts- und Klimaschutzministerium unter Robert Habeck umsetzen sollte (Corbach 2018, S. 131). Auf diese Weise sind die Forschungsprojekte und Arbeitsprogramme von Agora unmittelbar ins Regierungsprogramm eingeflossen, ohne hinreichend transparente Öffentlichkeit und wissenschaftliche Gegenpositionen, denn keine dieser Studien wurde in einem wissenschaftlichen Journal veröffentlicht oder hat ein wissenschaftliches „Peer-Review“-Verfahren durchlaufen. So kommt Georg Eble zur Einschätzung, dass die „Agora-

Studien die Basis für die technologiespezifischen Ausbauziele des EEG“ bilden (2024).

Staatliche Macht, Lobbyismus und Korruption stehen in einem dynamischen Spannungsfeld zueinander. Die Kulmination dieses Spannungsfeldes lässt sich in einer Person und in einem Gesetzentwurf festmachen: Der am 28.2.2023 bekannt gewordene Referententwurf zum Gebäudeenergiegesetz (GEG) strahlt das *Gefühl der staatlichen Machtvollkommenheit* der politischen Akteure aus (Schmid 2023). Der GEG-Entwurf geht auf den damaligen Staatssekretär Patrick Graichen zurück und sah – für in Friedenzeiten nie dagewesene – gravierende staatliche Eingriffe in die Eigentums-, Freiheits- und Verfügungsrechte der Gebäudeeigentümer vor, die weitreichende wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Auswirkungen und finanzielle Belastungen der betroffenen Eigentümer und Mieter nach sich gezogen hätten. Nach Bekanntwerden des GEG-Entwurfs haben die politischen Akteure deutlich gemacht, dass sie ihre Vorstellungen auch gegen heftige gesellschaftliche Widerstände und gegen die Mehrheit der Bevölkerung durchzusetzen bereit sind. Das Einschreiten des Bundesverfassungsgerichts in den Gesetzgebungsprozess hat gezeigt, dass die politischen Protagonisten sich mit ihrer gesinnungsethischen Überlegenheit auch über grundlegende Regeln des demokratischen und rechtsstaatlichen Aushandlungsprozesses hinwegzusetzen bereit sind. In diesem Sinne hatte schon der Grünen-Vordenker Ralf Fücks seine eigene Partei vor der „autoritären Versuchung“ gewarnt (Hennecke 2020). Der „unerklärliche grüne Hochmut“ (Schmid 2024) kulminiert in der Aussage von Wirtschaftsminister Robert Habeck, der in einem Bürgerdialog wissen ließ, dass das Gebäudeenergiegesetz „ja ehrlichweise ein Test war, wie weit die Gesellschaft bereit ist, Klimaschutz – wenn er konkret wird – zu tragen“ (Vetter & Wetzels 2024). Auch die Forderung

von manchem politischen Akteur, dass man ja nur den „Mindset“ zu ändern brauche, offenbart die grundlegenden konstruktivistischen Gestaltungsvorstellungen und den politischen Allmachtsanspruch, der mit einer Verleugnung der realen Zusammenhänge und der tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen einhergeht.

Es lassen sich zahlreiche Beispiele für das Gefühl der staatlichen Machtvollkommenheit der politischen Akteure finden: Der damalige Staatssekretär Patrick Graichen empfiehlt Ende 2022 der energieintensiven Industrie, sie solle doch besser auswandern (Tichys Einblick 2023). Den Stadtwerken legte er im Frühjahr 2022 nahe, sie sollten ihre Gasnetzinfrastuktur zurückbauen, weil sie ja in Zukunft nicht mehr benötigt würde (Wetzels 2022). Dass damit das für die Versorgungssicherheit eminent wichtige 600.000 km lange Gasnetz und ein volkswirtschaftliches Vermögen im unteren dreistelligen Milliardenbereich zerstört wird, unterstreicht den gefühlten Allmachtsanspruch von Patrick Graichen.

Die vom Magazin „Cicero“ aufgedeckte – zumindest „wahrheitswidrige“ – (Um-) Formulierung von Aktenvermerken im Bundeswirtschaftsministerium Anfang März 2023, die die Grundlage für die – gesellschaftlich intensiv diskutierte – energie- und klimapolitische Entscheidung über die Abschaltung der letzten Kernkraftwerke in Deutschland bildeten (Gräber 2024), ist ebenso deutliches Zeichen der staatlichen Allmachts- und Herrschaftsphantasie. Denn es stellte sich heraus, dass die politischen Akteure sich ein grünes Rechtfertigungsnarrativ zusammen konstruiert hatten: „Sie waren sich von vornherein einig: Ein Abrücken vom Kernenergieausstieg darf es nicht geben. Fachliche Argumente, die dafür sprechen, sollten gar nicht erst bekannt werden.“ (Gräber 2024, S. 19) Der fünfseitige Vermerk „Prüfung des Weiterbetriebs von Atomkraftwerken aufgrund des Ukraine-Kriegs“ kam

daher zu eben diesem gewünschten Ergebnis und spiegelt doch nur die zugrundeliegende moralische Grundhaltung der klimapolitischen Akteure wider. Die Heimlichtuerei und der – zumindest widersprüchliche – Umgang in der wahrheitsmäßigen Darstellung der Sachverhalte und ihrer politischen Bewertung, die Gegenstand eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses sind, widerlegen die von Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck stets behauptete „ergebnisoffene und transparente“ Prüfung. Denn dass es allein um die konsequente Umsetzung der klimapolitischen Agenda durch die politischen Akteure ging, daran lassen die von Cicero herausgeklagten Unterlagen keinen Zweifel (Gräber 2024). Oder anders gewendet: Weit unterhalb der Ministerebene war die *klimapolitische Gesinnung* wichtiger als die fachliche Expertise, Sachverstand und eine vernünftige Abwägung von Kosten und Nutzen und das Gemeinwohl. Dies stellt eine eklatante Verletzung des Vertrauens der Menschen in die Rechtmäßigkeit des Handelns der staatlichen Akteure dar.

Das gesinnungsethisch fundierte klimapolitische Narrativ duldet im gesellschaftlichen Diskurs keinen Widerspruch, keine Kritik, keine Differenzierung und keine Kompromisse. Wer gegenüber dem politischen Narrativ eine abweichende Meinung äußert, Sachzusammenhänge hinterfragt oder es wagt, Kritik zu äußern, wird vom gesellschaftlichen Diskurs ausgeschlossen. Auf diese systematische Rechtfertigungs- und Ablenkungsstrategie unter Rückgriff auf *Elemente des politischen Moralismus* hatte bereits der Philosoph Hermann Lübbe im Jahr 1984 hingewiesen (2019, S. 120). Wertebasierte Politik in Kombination mit politischem Moralismus schirmen sich wechselseitig gegen gesellschaftliche Kritik ab und immunisieren die politischen Akteure gegen Angriffe, wenn korruptes und missbräuchliches Verhalten aufgedeckt wird. Dies ist aber letztlich nichts anderes als ein

Ausfluss der „autoritären Versuchung“ und damit ein gezielter Angriff auf die demokratische Kultur und rechtsstaatlichen Prinzipien in Deutschland (Jesse 2023, Pritzl & Söllner 2022a).

8. Schlussbetrachtung

Transparenz, Aufklärung und Öffentlichkeit tun not! Transparenzregeln erzeugen einen öffentlichen Rechtfertigungsdruck auf die politischen Akteure, durch den Lobbypraktiken öffentlich thematisiert und diskutiert sowie – falls diese nicht „öffentlichkeitsfähig“ (Leif 2010, S. 5) sind – perspektivisch unterlassen werden. Transparenz und Öffentlichkeit dienen sowohl der Information über Lobbyismus als auch der Eindämmung der Korruption. Und es geht entscheidend auch darum, eine kritische Stellungnahme und argumentative Gegenposition zu ermöglichen, vor allem in den Situationen, in denen die Akteure das „Licht der Öffentlichkeit“ scheuen.

Ein politischer Gesinnungsmoralismus, der dem politischen Gegner abspricht, legitime politische Positionen zu vertreten, untergräbt die Pluralität der Meinungen und zerstört letztlich eine offene Debattenkultur, verengt den gesellschaftlichen Diskurs und gefährdet die demokratischen und rechtsstaatlichen Grundlagen unserer Gesellschaft. Einem politischen Moralismus, der die Gesellschaft nach seinen Vorstellungen von oben herab zu gestalten versucht und „wohlwollend-gesinnte“ gesellschaftliche Gruppen staatlicherseits fördert, sollte entgegengewirkt werden. Ein radikaler Klimaaktivismus, der eine höhere Moral vorgibt und sich nicht an die gesellschaftliche Grundordnung gebunden fühlt, ist nicht zu rechtfertigen. Die Prinzipien des demokratischen Verfassungsstaates stehen daher in einem unhintergehbaren Spannungsverhältnis zum politischen Moralismus. Hier ist an den mündigen Bürger als „Letztsouverän“ zu

appellieren: Der Wähler muss eine transparente und vorurteilsfreie Diskussion verlangen, (wieder) mehr Wert auf verantwortungsvolle und kritische Vernunft und Urteilskraft legen und die Etablierung abstrakter gesellschaftlicher Regeln statt der Herbeiführung konkreter Ergebnisse von den politischen

Akteuren einfordern. Nur so besteht die Chance, dass in der Politik wieder ein angemessenes Verhältnis zwischen Gesinnung und Verantwortung, zwischen Moral und Vernunft und zwischen Idealismus und realer Politik auch in der Energie- und Klimapolitik in Deutschland einkehrt. ■

Der Autor gibt in diesem Beitrag seine persönliche Meinung wieder. Für wertvolle Anmerkungen und Anregungen zu einer früheren Fassung sei Alexander Eisenkopf und Fritz Söllner gedankt.

Literaturverzeichnis:

Acemoglu, D. & Robinson, J. A. (2014). *Warum Nationen scheitern. Die Ursprünge von Macht, Wohlstand und Armut*, Frankfurt Fischer.

Alemann, U. von & Eckert, F. (2006). Lobbyismus als Schattenpolitik, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 15-16, S. 3-10.

Anastasiadis, G. (2024). Atom-nein-danke-Regierungsstudie. Grüne Lobbyarbeit auf Steuerzahlerkosten, *Münchener Merkur* vom 26.3., S. 2.

Bockenheimer, J. C. (2023). Ein schwarzer Tag für Robert Habeck: Der Wirtschaftsminister verliert seine politische Unschuld, *Neue Züricher Zeitung* vom 10.5.

Bockenheimer, J. C. (2024). Die deutsche Umweltministerin und die Atomkraft: Wie gefällig darf eine Studie sein?, *Neue Züricher Zeitung* vom 24.3.

Bogner, A. (2021). *Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet*, Stuttgart Reclam.

Bojanowski, A. & Wetzels, D. (2021). Die unterschätzte Macht der grünen Lobby, *Die Welt* vom 30.04.

Bojanowski, A. (2022a). Feuer frei. Wie Organisationen den Klimawandel für eigene Zwecke ausbeuten, online abgerufen unter: [Feuer](#)

[frei](#) - by Axel Bojanowski - Klimawandel-Hintergründe (substack.com)

Bojanowski, A. (2022b). Ein Sieg für die Windkraft – aber keiner für die Energiewende, *Die Welt* vom 27.06., S. 9.

Bojanowski, A. (2024). Habecks entlarvte Klima-Lebenslüge, *Welt* vom 26.2.

Bojanowski, A. (2024a). Das problematische Klimawandel-Argument, *Welt am Sonntag* vom 9.6., S. 3.

Bojanowski, A. (2024b). *Was Sie schon immer übers Klima wissen wollten, aber bisher nicht zu fragen wagten: Der Klimawandel zwischen Lobbygruppen und Wissenschaft*, Frankfurt Westend.

Buchanan, J. M./ Tollison, R.D./ Tullock, G. (1980). *Towards a Theory of a Rent-Seeking Society*, Texas/A&M University.

Bundesrechnungshof (BRH) (2024). *Bericht nach §99 BHO zur Steuerung des Klimaschutzes in Deutschland*, 7.3., Bonn.

Cassel, S. (2023). Lobbyismus im Energiesektor, in: Polk, A. & Mause, K. (Hrsg.). *Handbuch Lobbyismus*, Springer VS, S. 843-864.

Corbach, M. (2016). *Energiepolitischer Lobbyismus in Deutschland. Eine Fallanalyse zur Einführung des Emissionshandels*, Dissertation Berlin. URL: <https://refubium.fu->

[berlin.de/handle/fub188/23560](https://www.berlin.de/handle/fub188/23560), abgerufen am 8.6.2024.

Die Grünen/Bündnis 90 (2021). *Deutschland. Alles ist drin*. Bundestagswahlprogramm 2021, Berlin.

Döhler, M. (2023). Externe Akteure im Gesetzgebungsprozess, in: Polk, A. & Mause, K. (Hrsg.). *Handbuch Lobbyismus*, Springer VS, S. 369-384.

Eble, G. (2024). Grün und arm gegen grau und reich? In: *Energie & Management* vom 8.1., Heft 1, S. 1

Eisenkopf, A. & Pritzl, R. (2023). Gesellschaftliche Steuerungszusammenhänge der klimapolitischen Akteure, in: *Ludwig-Erhard-Stiftung* (Hrsg.) vom 1.8., URL: [Gesellschaftliche Steuerungszusammenhänge der klimapolitischen Akteure - LUDWIG-ERHARD-STIFTUNG E.V.](https://www.ludwig-erhard-stiftung.de/gesellschaftliche-steuerungszusammenhaenge-der-klimapolitischen-akteure) abgerufen am 1.6.2024.

Expertenrat (2024). Expertenrat für Klimafragen (2024): *Gutachten zur Prüfung der Treibhausgas-Projektionsdaten 2024. Sondergutachten gemäß § 12 Abs. 4 Bundes-Klimaschutzgesetz*. Online verfügbar unter: <https://www.expertenrat-klima.de>, abgerufen am: 4.6.2024.

Falk, A. (2022). *Warum es so schwer ist, ein guter Mensch zu sein und wie wir das ändern können: Antworten eines Verhaltensökonomen*, München Siedler.

Gallina, M. (2023). Das grüne Lobby-Netz in den Ampel-Ministerien, *Tichys Einblick* vom 20.3., URL: [Das grüne Lobby-Netz in den Ampel-Ministerien \(tichyseinblick.de\)](https://www.tichyseinblick.de), abgerufen am 31.5.2024.

Gobert, J. (2014). *Verbände in staatsnahen Gremien. Die politische Soziologie der funktionalen Repräsentation*, Wiesbaden Springer VS.

Gräber, D. (2024). Der Anti-Atomschwindel, *Cicero*, Heft 5, S. 15-25.

Graw, A. (2019). Lobbyismus in Grün, *Welt am Sonntag* vom 1.9., S. 6.

Grimm, V./ Oechsle, L./ Zöttl, G. (2024). Stromgestehungskosten von Erneuerbaren sind kein guter Indikator für zukünftige Stromkosten, In *Wirtschaftsdienst*, Heft 6, S. 387-394.

Hennecke, H. J. (2020). Wahrheit, Moral und Ideologie in der Klimapolitik – oder lieber Vernunft, *Ludwig-Erhard-Stiftung* (Hrsg.): Wohlstand für alle. Klimaschutz und Marktwirtschaft, S. 18-19.

Heymann, E. (2023). Kosten der Stromerzeugung. Auf die Systemkosten kommt es an, *Deutschland Monitor* vom 30.5., URL: [Kosten der Stromerzeugung: Auf die Systemkosten ko.PDF \(dbresearch.de\)](https://www.dbresearch.de/kosten-der-stromerzeugung-auf-die-systemkosten-ko.pdf), abgerufen am 12.5.2024.

Issing, O. (2023). Die intellektuellen Verächter der Marktwirtschaft, In *Ludwig-Erhard-Stiftung* (Hrsg.), URL: [Die intellektuellen Verächter der Marktwirtschaft - LUDWIG-ERHARD-STIFTUNG E.V.](https://www.ludwig-erhard-stiftung.de/die-intellektuellen-veraechter-der-marktwirtschaft), abgerufen am 14.6.2024.

Jesse, E. (2023). Politischer Moralismus schwächt eine offene Debattenkultur – nicht nur beim Klimaaktivismus, *Zeitschrift für Politik*, Jahrgang 70(3), S. 279-300.

Kleefeld, H. (2024). Beeinflussung des Forschungs- und Wissenschaftsbetriebes von außerhochschulischen Einrichtungen, hrsg. vom Netzwerk Wissenschaftsfreiheit e.V., 5.6.2024, online unter: [ABD – Netzwerk Wissenschaftsfreiheit \(netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de\)](https://www.netzwerk-wissenschaftsfreiheit.de), abgerufen am 13.10.2024.

Leif, T. (2010). Von der Symbiose zur Systemkrise, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 19, S. 3-9.

LobbyControl (2017): *Lobbyreport 2017*, Köln.

Lösche, P. (2006). Demokratie braucht Lobbying, in: Leif, T. & Speth, R. (Hrsg.): *Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland*,

- Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 514, Wiesbaden Springer VS, S. 53-68.
- Lübbe, H. (2019). *Politischer Moralismus. Triumph der Gesinnung über die Urteilskraft*, Münster Lit-Verlag.
- Lutz, C. et al. (2018). Gesamtwirtschaftliche Effekte der Energiewende, Studie im Auftrag des BMWi, Osnabrück, Basel.
- Merkel, W. (2021). Neue Krisen – Wissenschaft, Moralisation und die Demokratie im 21. Jahrhundert, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 26-27, S. 4-11.
- North, D. C. (1991). *Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung*, Tübingen, Mohr Siebeck.
- o.V. (2023). Habecks Staatssekretär Graichen: Energieintensive Firmen sollen auswandern, *Tichys Einblick* vom 18.4., URL: [Habecks Staatssekretär Graichen: Energieintensive Firmen sollen auswandern \(tichyseinblick.de\)](https://www.tichyseinblick.de), abgerufen am 22.4.2023.
- Palmer, B. (2019). *Erst die Fakten, dann die Moral. Warum Politik mit der Wirklichkeit beginnen muss*, München Siedler.
- Pinzler, P. (2023). Lobbyismus und Korruption - „Das Klimathema ist einfach heiß umkämpft“. *Die Zeit* vom 25.5.
- Pritzl, R. & Schneider, F. (1999). Korruption, *Handbuch der Wirtschaftsethik*, W. Korff u.a. (Hrsg.), Gütersloh/Bertelsmann, S. 310-333.
- Pritzl, R. & Söllner, F. (2021a). Der politische Moralismus in der deutschen Klima- und Energiepolitik, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik vom 22.4.2021, online abrufbar unter: [Der politische Moralismus in der deutschen Klima- und Energiepolitik » Ludwig Erhard Stiftung - Ludwig Erhard Stiftung \(ludwig-erhard.de\)](https://www.ludwig-erhard.de).
- Pritzl, R. & Söllner, F. (2021b). Moralismus, Ideologie und staatlicher Dirigismus bei den Grünen – das Beispiel der Klimapolitik, Austrian Institute Paper Nr. 39, URL: [Pritzl-Söllner-Moralismus-Ideologie-und-staatlicher-Dirigismus-bei-den-Grünen-AiPaper-39-2021.pdf \(austrian-institute.org\)](https://www.austrian-institute.org), abgerufen am: 25.5.2024.
- Pritzl, R. (2023a). Plädoyer für eine rationale Klima-Politik, *Die Neue Ordnung*, Heft 2, S. 138-145.
- Pritzl, R. (2023b). Ideologische Verbotspolitik im Gebäudebereich, in: Ludwig Erhard Stiftung (Hrsg.), online abrufbar unter: [Ideologische Verbotspolitik im Gebäudebereich - LUDWIG-ERHARD-STIFTUNG E.V.](https://www.ludwig-erhard.de)
- Radermacher, F.J. (2020). Das Rio/Kyoto/Paris-Dilemma. Eine klimapolitische Rekonstruktion verpasster Chancen und ein konkreter Ausweg, In *Kursbuch Nr. 202 Donner. Wetter. Klima*, Hamburg Murmann Publishers, S. 13-32.
- Radermacher, F.J. (2024). Politbürokratie verhindert Klimaschutz. Angebliches Marktversagen liefert die Begründung für politische Eingriffe und die führen inzwischen regelmäßig zu katastrophalem Politikversagen, *Podcast Nr. 238 mit Daniel Stelter*. URL: [Politbürokratie verhindert Klimaschutz – Think beyond the obvious \(think-beyondtheobvious.com\)](https://www.think-beyondtheobvious.com), abgerufen am 28.6.2024.
- Renn, O. (Hrsg.) (2015). *Aspekte der Energiewende aus sozialwissenschaftlicher Perspektive (Analyse aus der Schriftenreihe Energiesysteme der Zukunft)*, München.
- Schiffers, M. (2023). Grassroots Lobbying im Spannungsfeld von unorganisierten und organisierten Interessen, S. 457-473.
- Schmid, T. (2023). Das Gefühl der Machtvollkommenheit, *Welt am Sonntag*, Nr. 21 vom 21.5., S. 3.
- Schmid, T. (2024). Der unerklärliche grüne Hochmut, *Welt* vom 20.6.2024, S. 7.
- Schreiber, G. (2023). Lobby und Tadel. *Politik & Kommunikation*, Heft 3, 68-72.

- Sebaldt, M. & Straßner, A. (2004). *Verbände in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*, Wiesbaden Springer VS.
- Senturia, J. (1931). Corruption, Political, *Encyclopedia of the Social Sciences*, Seligman, E. u.a. (Hrsg.), Bd. 4, New York, S. 448-452.
- Söllner, F. (2024). Die Moralapostel. Zerstörung eines Exportweltmeisters, München Langen.
- Speth, R. (2010). Das Bezugssystem Politik – Lobby – Öffentlichkeit, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 19, S. 9-15.
- Speth, R. (2014). in: Transparency International, (Hrsg.): *Lobbying in Deutschland*, Berlin.
- Stadelmann, D., & Frank, M. (2023). Politikversagen und Lobbyismus, In Polk, A. & Mause, K. (Hrsg.). *Handbuch Lobbyismus*, Springer VS, S. 183-203.
- Strohschneider, P (2024). *Wahrheiten und Mehrheiten. Kritik des autoritären Szientismus*, München Beck Edition Mercator.
- Tillack, H.-M. (2015). *Die Lobby-Republik. Wer in Deutschland die Strippen zieht*, Berlin Hanser.
- Tofall, N. F. (2023). Leviathan wankt und schwankt – doch dafür sind letztlich die Bürger verantwortlich, *Austrian Institute* vom 16.1., URL: [Leviathan wankt und schwankt – doch dafür sind letztlich die Bürger verantwortlich - Blog - Austrian Institute \(austrianinstitute.org\)](https://www.austrianinstitute.org), abgerufen am 24.5.2024.
- Tollison, R. D. (1982). Rent Seeking, *Kyklos* 35/4, S. 575-602.
- Umweltbundesamt (UBA) (2024). Treibhausgas-Projekten für Deutschland 2024 – Instrumente, Dessau-Roßlau, URL: [Treibhausgas-Projektionen 2024 für Deutschland - Instrumente \(umweltbundesamt.de\)](https://www.umweltbundesamt.de), abgerufen am 30.6.2024.
- Vetter, P. & Wetzel, D. (2024). „Bürger als Versuchskaninchen“ – Habecks entlarvende Heizungsselbstkritik, *Welt* vom 28.5.
- Weber, M. (1919). *Geistige Arbeit als Beruf. Zweiter Vortrag: Politik als Beruf*, München, Leipzig, Duncker & Humblot.
- Weingart, P. (2017). „Wahres Wissen“ und demokratisch verfasste Gesellschaft, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 13, S. 11-16.
- Weitze, M.-D. & Heckl, W.H. (2016). *Wissenschaftskommunikation. Schlüsselideen, Akteure, Fallbeispiele*, Berlin/Heidelberg Springer Spektrum.
- Wetzel, D. (2022). Bundesregierung will deutsches Gasnetz schrittweise auflösen, *Welt* vom 22.5.
- Wetzel, D. (2024). Habecks „Erfolg“ basiert auf Wegzug und Niedergang der Industrie, *Welt* vom 19.3.
- Winter, T. von (2024). *Lobbyismus in der deutschen Politik*, Opladen/ Toronto Budrich.
- Wolf, S. (2021). Korruption und Antikorruption in Politik und Verwaltung, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 71. Jahrg., Heft 19-20, S. 21-27.
- Wolf, S. (2023). Zum Verhältnis von Lobbyismus und Korruption. In Polk, A. & Mause, K. (Hrsg.). *Handbuch Lobbyismus*, S. 205-215.
- Zimmer, A. & Speth, R. (2015). Von der Hierarchie zum Markt. Zur Koordination von Interessenvertretung heute, in: Speth, R. & Zimmer, A. (Hrsg.): *Lobby Work. Interessenvertretung als Politikgestaltung*, Wiesbaden Springer VS, S. 31-52.
- Zitelmann, R. (2023). Soll der Staat festlegen, was hergestellt, gegessen, wie gewohnt wird? Wie die Klimaschützer für Einschränkungen plädieren, um den Kapitalismus abzuschaffen. *Neue Züricher Zeitung* vom 21.3.



Über den Autor

Dr. Rupert Pritzl, Studium der Volkswirtschaftslehre, Romanistik und Philosophie an den Universitäten Münster, Sevilla und Freiburg von 1987 bis 1992 mit Abschluss als Diplom-Volkswirt. Lehrbeauftragter für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Münster und Tutor für Mikroökonomie an der Universität Münster 1992 bis 1993. Assistent am Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung (Prof. Dr. Bernhard Külp) der Universität Freiburg von 1993 bis 1997 und dort Promotion zum Dr. rer. pol. mit dem Thema: „Korruption und Rent-Seeking in Lateinamerika. Zur politischen Ökonomie autoritärer politischer Systeme“.

Seit Oktober 1997 im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Energie und Technologie tätig mit Stationen in den Abteilungen Industrie und Außenwirtschaft, Mittelstandsfragen, Freie Berufe und Handwerk sowie Energiepolitik. Von 2002 bis 2004 bei der Bayerischen Landesbank, München, im Bereich Außenwirtschaftsfinanzierung und Öffentlichkeitsarbeit/ Pressestelle sowie von 2005 bis 2012 in der Bayerischen Staatskanzlei in der Abteilung Europapolitik und internationale Beziehungen tätig. Seit 2012 stellvertretender Referatsleiter Energieeffizienz und Umwelt- und Klimaschutz im Bayerischen Wirtschaftsministerium und seit 2021 Lehrbeauftragter an der FOM Hochschule, München, für Verhaltensökonomie & Umweltpsychologie.

Wissenschaftliche Veröffentlichungen zu den Themen: Klimapolitik, politische Ökonomie, Korruption, Rent-Seeking, Lobbyismus, Interessengruppenpolitik, Neue Institutionenökonomik, Lateinamerika, Entwicklungspolitik und autoritäre politische Systeme sowie Lehrtätigkeit u.a. an der Universität Augsburg (Institut für Spanien- und Lateinamerikakunde), Hanns-Seidel-Stiftung und Hamburger Fernhochschule München.

Zitierweise:

Pritzl, Rupert: „Grüner“ Lobbyismus in der deutschen Energie- und Klimapolitik, Austrian Institute Paper Nr. 49 (2024)

Kurzversion (online) und Download des Working Paper:

<https://austrian-institute.org/de/blog/gruener-lobbyismus-in-der-deutschen-energie-und-klimapolitik>

© Rupert Pritzl, 2024

© Austrian Institute of Economics and Social Philosophy, Wien, 2024